

# Wege aus der Krise: Mildes Szenario vs. gravierendes Szenario

Wie wirkt sich die Corona-Krise auf Luxemburgs Ökonomie im Jahre 2020 aus? Namhafte Ökonomen nehmen Stellung

Von Ingmar Schumacher\*

In Zeiten wie diesen ist es entscheidend zu analysieren, welchen Einfluss die Corona-Krise auf Luxemburgs Wirtschaft haben könnte. Aus diesem Grunde habe ich mit einer Auswahl von Luxemburgs bekanntesten Ökonomen zwei Szenarien durchdacht, um auf drei wichtige Fragen Antworten zu geben. Die meisten Ökonomen sind Professoren an der Uni Luxemburg. Einige Ökonomen kann ich leider nicht namentlich nennen, da diese in höheren Positionen an Institutionen arbeiten, die keine offizielle Stellungnahmen erlauben.

In diesem Artikel gehen wir von zwei potenziellen Szenarien aus. Das erste Szenario nennen wir das milde Szenario (MS). Darunter verstehen wir, dass die Pandemie ihr Maximum gegen Ende April erreicht, graduell die Quarantäne abgebaut wird und die Wirtschaft ab Juni wieder fast normal läuft. Das zweite Szenario ist das gravierende Szenario (GS). Hier nehmen wir an, dass die Pandemie für einige Zeit noch weitergeht, weil die Nachbarländer weniger starke Quarantänemaßnahmen durchgesetzt haben, oder weil der Virus mutiert, oder weil die Immunität nicht lange anhält. Anhand dieser beiden Szenarien haben wir folgende Fragen diskutiert.

**Es ist jedoch eine wichtige Frage, wie Luxemburg die erhöhten Staatsschulden über die nächsten Jahre wieder abbauen wird.**

Es gibt momentan noch keine offizielle Schätzung von Stacc zu dem Einfluss der Corona-Krise. Jedoch kann man einige Parallelen zu anderen Ländern ziehen. Luxemburg ist ein extrem offenes, kleines Land. Ungefähr 90 Prozent des Handels findet innerhalb Europas statt, insgesamt 70 Prozent mit den Nachbarländern Deutschland, Frankreich und Belgien. Professor Pieretti und Bertinelli heben hervor, dass es genau dieser Grund ist, der den Krisenverlauf in den Nachbarländern auch entscheidend für Luxemburg macht.

Die ifo-Prognosen für Deutschland im Jahre 2020 sind minus 6 Prozent Wachstum in Szenario MS, oder minus 10 bis minus 20 Prozent (im Extremfall) im GS. Die deutschen Wirtschaftsweisen sehen die Corona-Krise nicht ganz so schlimm: Sie erwarten, dass Deutschlands Ökonomie dieses Jahr um 2,8 Prozent schrumpft, im schlimmsten Fall um 5,4 Prozent.

Im Durchschnitt erwarten die Luxemburger Ökonomen, die

Zahlen gegeben haben, im Jahre 2020 ein Wirtschaftswachstum in Luxemburg von 0,25 Prozent für Szenario MS und -2,4 Prozent für Szenario GS. Für die Arbeitslosigkeit wird nur ein leichter Anstieg von jetzt 5,3 Prozent auf 6,2 Prozent im Szenario MS erwartet, aber 8,1 Prozent im Szenario GS.

Während der Stabilitätspakt, besonders die Unterstützung für die Kurzarbeit, die Staatsverschuldung im Szenario MS zwar erhöht, aber noch unter Kontrolle hält, sieht dies im Szenario GS schon fragwürdig aus. Dieses Maß an Unterstützung kann nicht auf längere Frist aufrechterhalten werden. Laut Professor Picard kommen dazu noch Einbußen in der Einkommensteuer und der Steuereinnahmen auf Grenzwaren wie Benzin und Zigaretten, was auch nicht unterschätzt werden darf. Professor Bourgain erwartet auch Einbußen von bis zu 60 Prozent in den Steuereinnahmen beim Finanzsektor, was vergleichbar wäre mit den Verlusten in der Finanzkrise 2008.

### Erst Einbruch, dann Catching-up-Prozess

Professorin Lee (ISEC) geht davon aus, dass im Szenario MS bis Mitte des Jahres ein Einbruch im Wachstum stattfinden wird, aber ein Catching-up-Prozess in der zweiten Jahreshälfte den Großteil der Verluste wieder kompensiert. Auch Professor Bourgain und Professor Cosma gehen eher davon aus, dass diese Krise kurzfristig sein wird, da keine realen Werte zerstört werden wie durch eine Naturkatastrophe oder Finanzkrise. Es werden also wirtschaftliche Leistungen nur temporär ausgesetzt. Professor Zou erwartet, dass durch die Umstellung aufs Home Office sehr viel Produktivität verloren geht, besonders jetzt in Kombination mit Home Schooling. Nach Schätzungen könnte dies das Wirtschaftswachstum noch mal um bis zu zwei Prozent drücken. Ein so starker Rückgang benötigt jedoch signifikante Produktivitätsverluste von mehreren Monaten.

Das große Problem wäre, wenn sich das Szenario GS bewahrheiten würde. Professor Bertinelli und Lee heben beide hervor, dass vor allem die kleinen und mittelständischen Unternehmen auf längere Frist nur durch sehr hohe finanzielle Unterstützung des Staates im künstlichen Koma gehalten werden können, ansonsten würde es zu Schließungen von ganzen Sektoren kommen. Dies gilt weniger für den Servicesektor als für die Industrie.

Weil die Quarantänemaßnahmen in Luxemburgs Nachbarländern, verglichen mit Luxemburg, erst später angefangen haben, muss man dort außerdem mit einer längeren Quarantänedauer rechnen als in Luxemburg. Dies hat, laut Professor Pieretti, dann einen entscheidenden Einfluss auf



Geschlossen! Die Gefahr besteht, dass kleinere und mittlere Unternehmen auf längere Frist nur durch finanzielle Unterstützung des Staates überleben können. Foto: Chris Karaba

ob und wie man Pendler in Luxemburg arbeiten lässt.

Weiterhin ist Luxemburgs Ökonomie stark abhängig von den Fonds. Wir befürchten hier, dass die Asset Values vom allem im Szenario GS auch auf längere Dauer stark schrumpfen werden. Obwohl nur 10 Prozent der Arbeitnehmer direkt im Finanzsektor arbeiten, ist dieser doch einer der flexibelsten Sektoren, was bedeutet, dass dort auch ziemlich kurzfristig schon mit einer erhöhten Anzahl von Arbeitslosen zu rechnen ist.

Professor Löhndorf und Professorin Lange (Logistik und Supply Chain Management) heben noch hervor, dass die Netzwerkeffekte entlang der Lieferketten nicht absehbar sind, weder von der Politik noch der Betriebe selbst. Die entscheidende Frage ist, ob die Unternehmen eher höhere Sicherheitsbestände aufbauen werden, um Lieferengpässe zu vermeiden, oder ob sie das Gegenteil tun, um Liquiditätsengpässe zu vermeiden. Solange die Regierung genügend günstige Liquidität zur Verfügung stellt, können Unternehmen auch Puffer aufbauen. In diesem Zusammenhang ist eine internationale Kooperation unabdinglich, denn

ein Großteil der Lieferketten geht über Luxemburg hinaus.

### Wie beeinflusst die Krise Luxemburgs Wirtschaft 2021-23?

Alle Professoren sind sich eigentlich einig, dass vor allem im Szenario MS der Einfluss auf die Ökonomie nicht über das Jahr 2020 hinausgeht. Man wird jedoch nicht erwarten können, dass China wieder ein ähnlicher Wachstumsmagnet wird wie nach der Finanzkrise. Deshalb ist es entscheidend, dass die Regierung nicht einem Protektionismus à la Trump verfällt, sowie nicht zu schnell zu einer restriktiven Fiskalpolitik zurückkehrt.

Professor Zou sieht auch Chancen für Luxemburg durch diese Krise. Insbesondere erwartet er, dass verschiedene Branchen, vor allem der Servicesektor, so langsam den Vorteil vom Home Office erkennen und auch in Zukunft verstärkt nutzen werden. Dies würde die Transportinfrastruktur entlasten, zu weniger Staus führen und zu einer geringeren Luftverschmutzung. Hierzu müsste das Doppelbesteuerungsabkommen zwischen Luxemburg und Deutschland, insbesondere die 19 Tage-Regel, überarbeitet werden, weil ansonsten keine weitreichende Umstellung aufs Home Office, zumindest für Grenzgänger, möglich ist.

Durch Luxemburgs internationale Ausrichtung sind die Lieferketten, zumindest im Szenario GS, entscheidend. Professor Löhndorf und Professorin Lange stellen fest, dass Luxemburg fest in europäische Lieferketten eingebettet ist und wir daher in besonderem Ma-

ße auch von der Lage in unseren Nachbarländern beeinflusst sind. Die Regierung wird gefordert sein, mit gezielten Investitionen die luxemburgische Wirtschaft zu unterstützen. Dies ist zwar schon teilweise der Fall, aber nur internationale Kooperation kann hier auch die Lieferketten auf längere Dauer aufrechterhalten.

Falls das Szenario GS nun Wirklichkeit wird und Luxemburg über einen langen Zeitraum finanzielle Unterstützung bereitstellen muss, dann werden auch Möglichkeiten diskutiert werden müssen wie Verstaatlichungen von Unternehmen, besonders um internationale Aufkäufe von anfalligen Unternehmen zu vermeiden. Auch hier weisen wir wieder auf die Wichtigkeit von internationaler Kooperation hin.

Durch die hohen Kosten im Szenario GS sehen Professor Bertinelli und Professorin Lee deshalb die größten Probleme im erhöhten Verschuldungsgrad der Länder. Während dies eher kein Problem für Luxemburg oder Deutschland sein wird, sieht dies

**Tourismussektor, Restaurants und Bars sowie kleine Geschäfte und besonders Luxair werden am stärksten betroffen. Nur direkte finanzielle Unterstützung kann diese Sektoren retten.**

führt uns die Notwendigkeit robuster und resilienter Lieferketten klar vor Augen. Es wird sich zeigen, inwieweit diese Erfahrungen wirtschaftliche Entscheidungen in der Zukunft beeinflussen werden.

Professorin Lee erwartet, dass die Krise auch einen Strukturwandel hervorrufen wird, was besonders in einem dynamischen Land wie Luxemburg von Vorteil sein kann. Um jedoch all diese Fragen zu beantworten, ist es wichtig, dass die Regierung auch weiterhin klar und informativ die Gesellschaft informiert – nicht nur über Luxemburg, sondern auch über die Situation in den Nachbarländern.

Zum Abschluss noch einige direkte Überlegungen zur Rolle der Regierung. Professor Picard findet, dass in Luxemburg momentan eine tiefgreifende Diskussion fehlt, die alle Akteure an einen Tisch bringt. Hier reden wir von der Wirtschaft, von der Politik, von der Forschung sowie von den Arbeitnehmern. Wir benötigen Szenarien, was dieser Artikel zumindest ansatzweise versucht hat, um Informationen über die mögliche zukünftige Entwicklung in Luxemburg zu liefern.

Die Regierung muss Firmen besser informieren, was sie von diesen erwartet, was diese machen können, um ihre Verluste zu minimieren, und wie diese auf die verschiedenen Szenarien reagieren sollten. Dazu sollten Firmen aller Sektoren der Regierung kontinuierlich Rückmeldung geben, wie ihre Situation sich gerade entwickelt.

Schlussendlich finden wir, dass das 8,8 Milliarden Euro schwere luxemburgische Hilfspaket in die richtige Richtung geht. Jedoch muss die Regierung auch Vorbereitungen für das gravierende Szenario treffen und diese so schnell es geht öffentlich machen. Die Firmen und Einwohner müssen eine Vorstellung bekommen, was sie erwarten wird.

Die Anzahl der Sicherheitsbestände, wie die Lieferketten aussehen werden, ob Firmen weiterhin ihre Arbeitnehmer beschäftigen können, wie sich die Nachfrage entwickeln wird, all dies sind Informationen, die man braucht, um jetzt schon die kostengünstigsten Entscheidungen für später zu treffen. Dazu müssen die Steuerzahler informiert werden, wie nach der Krise mit der erhöhten Staatsverschuldung umgegangen werden wird. Wenn alles gut läuft, dann wird diese Krise nicht lange dauern, sie wird aber den Luxemburger Staat, Einwohnern und Unternehmen einiges kosten, und nur ein hochgradiges Maß an nationaler und internationaler Kooperation und Solidarität kann die Kosten niedrig halten.

Professor Picard erwartet, vor allem im Szenario GS, eine stark erhöhte Arbeitslosigkeit bei den Pendlern. Die staatliche Unterstützung kann nur unter sehr hoher Neuverschuldung für länger als zwei Monate so weitergeführt werden wie jetzt geplant. Wenn also das verschärfte Szenario wirklich eintritt, dann werden die kleinen und mittelständischen Unternehmen extrem zu kämpfen haben. Dies wird dann die Pendler am stärksten treffen.

Professorin Lange stellt fest, dass Unternehmen Lieferengpässe durch Vorräte überbrücken können. Aber eine gute Vorhersage der Kundennachfrage ist in Krisenzeiten besonders herausfordernd. Die derzeitige Situation

# Die EU hilft dort, wo sie es kann

Gemeinsames Statement zur Corona-Krise

Die Luxemburger Abgeordneten im Europaparlament\*

Die Corona-Krise bedeutet einen tiefen Einschnitt: Sozial, wirtschaftlich, womöglich auch politisch. Während wir kurzfristig alles daransetzen müssen, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger, unsere Freunde und Familien zu schützen und unsere Wirtschaft zu stützen, ist bereits jetzt klar: Die Krise wird weitreichende Folgen haben und unsere Gesellschaft nachhaltig prägen.

Seit dem Ausbruch der Pandemie stehen die Europäischen Institutionen den nationalen Regierungen tatkräftig zur Seite. Die EU unterstützt und koordiniert die Bemühungen der Mitgliedsstaaten, hat Gelder zur Stärkung der Gesundheitssysteme freigestellt und Maßnahmen veranlasst, um den wirtschaftlichen Einbruch durch die Krise abzuschwächen. Ein paar Beispiele:

- Die EU sorgt dafür, dass alle EU-Mitglieder mit dem dringend benötigten medizinischen Material versorgt werden: etwa dank einer 50-Milliarden-Euro-Reserve für medizinische Geräte oder den gemeinsamen Kauf medizinischer Materialien;
- Sie investiert massiv in die Forschung, damit schnellstmöglich Impfmittel und Medikamente gegen Covid-19 gefunden werden. An einer europäischen Medikamenten-Testreihe nimmt auch Luxemburg teil;
- Sie hat die Rückreise Tausender gestrandeter EU-Bürger organisiert und co-finanziert;
- Sie hat ihre Haushaltsregeln gelockert, um die großzügigen Hilfspakete der Mitgliedsstaaten zu ermöglichen: Dank dieser Entscheidung kann Luxemburg staatliche Beihilfen von rund 300 Millionen Euro bereitstellen, um lokalen Unternehmen und Freiberuflern zu helfen;
- Sie hat einen Investitionsplan von über 37 Milliarden Euro auf die Beine gestellt, um die Ge-

sundheitssysteme und Klein- und Mittelbetriebe der EU-Mitglieder zu stärken und die Anwendung weiterer Finanzinstrumente geockert, damit zusätzliche Gelder zur Bewältigung der Krise genutzt werden können;

– und letztlich hat die Europäische Zentralbank mit 750 Milliarden Euro das größte Hilfspaket der europäischen Geschichte beschlossen.

Die EU hilft dort, wo sie es kann. Die Krise hat allerdings auf schmerzliche Weise gezeigt: Die EU benötigt eine gemeinsame Gesundheitspolitik. Um ihre Bürgerinnen und Bürger vor der Pandemie zu schützen, haben die Mitgliedsstaaten teils widersprüchliche, teils nicht, oder kaum miteinander abgestimmte Maßnahmen ergriffen. Dies liegt auch daran, dass die EU nicht die nötigen Kompetenzen und Mittel von den Nationalstaaten erhält, um wichtige Maßnahmen zur Eingrenzung des Virus und

**Die Krise hat allerdings auf schmerzliche Weise gezeigt: Die EU benötigt eine gemeinsame Gesundheitspolitik.**

zur Bewältigung einer Krise dieses Ausmaßes selbst zu veranlassen und zu koordinieren. Die EU kann somit keine gemeinsamen Vorgehensweisen im Gesundheitswesen festlegen, keine Ausgangssperren veranlassen oder Quarantänen verhängen. Sie kann nicht über die Verteilung von medizinischem Material, Fachleuten und Medikamenten bestimmen oder Entscheidungen über die Schließung von EU-Grenzen treffen.

Hätten die EU-Staaten in diesen Fragen mit einer gemeinsamen Stimme gesprochen, hätten die einzelnen Mitglieder zielführender, effizienter und schneller auf die Pandemie reagieren können.

Die Krise zeigt: Wir brauchen mehr, nicht weniger Europa. Eine EU, die ihre Bürgerinnen und Bürger vor einer Pandemie schützen kann und der dazu sowohl die nötige Entscheidungskompetenz, als auch das nötige Budget zur Verfügung stehen. Das muss sich auch in mehrjährigen Finanzrahmen der EU (MFF) für 2021-2027 widerspiegeln, über den die Staats- und Regierungschefs in den kommenden Wochen entscheiden.

Das Europäische Parlament arbeitet mit vollem Einsatz daran, der EU alle Mittel und Möglichkeiten zu geben, um die Menschen durch die Pandemie zu führen. Obwohl die Abgeordneten sich nicht nach Brüssel oder Straßburg begeben können, geht die Arbeit im Parlament, den Fraktionen und den Ausschüssen dennoch weiter. Kurzfristig konzentriert sich die Arbeit darauf, die Auswirkungen dieser Pandemie einzugrenzen. Mittelfristig müssen wir den Bürgerinnen und Bürgern helfen, den Weg aus der Krise zu finden. Und langfristig müssen wir alles daransetzen, dass wir zukünftig besser, schneller und effizienter reagieren können, sei es durch die Stärkung unserer Wirtschafts- und Gesundheitssysteme oder indem wir die Rolle der EU in solchen Krisen neu definieren.

In dieser schweren Zeit zeigt sich einmal mehr, wie wichtig Solidarität ist. So wie Menschen momentan auch trotz physischer Distanz näher zusammenrücken, müssen auch die EU-Staaten sich gegenseitig unterstützen. Nicht nur innerhalb der Grenzen der Europäischen Union, sondern auch darüber hinaus: Es gilt jenen Ländern zu helfen, die besonders stark von der Krise betroffen sind und denen Mittel, die uns selbstverständlich erscheinen, fehlen. Das Virus macht nicht an unseren Grenzen halt. Die europäische Solidarität darf es auch nicht.

\* Marc Angel, Charles Goerens, Isabel Wiseler-Lima, Monica Semedo, Tilly Metz, Christophe Hansen und Bureau de Liaison du Parlement européen au Luxembourg



Die Krise zeigt: Wir brauchen mehr, nicht weniger Europa.

Foto: Shutterstock

\* Ingmar Schumacher ist Professor für Ökonomie an der IPAG Business School in Paris und lebt in Luxemburg.